

Forum

Anfang 2006 berief Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan einen Innovationskreis Berufliche Bildung, der Leitlinien zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung erarbeiten sollte. Im Juli 2007 wurden die nachfolgend dokumentierten Ergebnisse vorgestellt.

In dem Innovationskreis wirkten mit (in alphabetischer Reihenfolge):

Jutta Almendinger (WZB, Berlin); Raimund Becker (Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); Rudolf Anzinger (Bundesministerium für Arbeit und Soziales); Susanne Bergmann (Daimler AG); Peter Clever (BDA, Berlin); Nader Djafari (Inbas, Offenbach); Dieter Euler (Universität St. Gallen); Klaus Feuler (HWK Dortmund); Hanspeter Georgi (Landesminister Wirtschaft und Arbeit, Saarland); Regina Görner (IG Metall, Frankfurt); Reiner Haseloff (Landesminister Wirtschaft und Arbeit, Sachsen-Anhalt); Claus Heinrich (SAP Walldorf); Walter Otremba (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie); Manfred Kremer (BIBB, Bonn); Helmut Rau (Landesminister Kultus, Jugend, Sport, Baden-Württemberg); Eva Maria Roer (DT&Shop, Bad Bocklet); Lothar Scheffel (Schulleiter, Köln); Hanns-Eberhard Schleyer (ZDH, Berlin); Ingrid Sehrbrock (DGB, Berlin); Martin Wansleben (DIHK, Berlin); Frank Wehrmeister (Schulleiter, Freiberg); Andrae Wolter (HIS, Hannover); Jürgen Zöllner (Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin).

10 Leitlinien zur Modernisierung und Strukturverbesserung der beruflichen Bildung Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge

I. Ergänzend zum primär auf die aktuelle Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots ausgerichteten, am 5. März 2007 verlängerten Nationalen **Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs**, sind in Deutschland mittelfristig wirksame Strukturverbesserungen des Berufsbildungssystems erforderlich, um rechtzeitige Anpassungen der Bildungspolitik auf neue demografische, wirtschaftliche, technologische und internationale Entwicklungen und Herausforderungen vorzunehmen.

Ziel des im April 2006 gegründeten Innovationskreises berufliche Bildung war es, hierfür Empfehlungen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der **Schaffung besserer Übergänge** zwischen dem dualen System und anderen Teilsystemen der beruflichen Bildung sowie zwischen beruflicher Bildung, Schulen und Hochschulen. Auf Basis von Analysen, Fakten und Studien wurden neue **Wege für Innovationen** beraten und konkrete **Empfehlungen und Handlungsvorschläge** erarbeitet. Diese werden in Form von 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung vorgestellt.

Die **Mitglieder des Innovationskreises berufliche Bildung** wurden als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgrund ihrer besonderen Kompetenz in der beruflichen Bildung und damit nicht zwangsläufig als Repräsentanten ihrer jeweiligen Institutionen berufen. Sie sollten bewusst unterschiedliche Aspekte und Sichtweisen zur Fortentwicklung der beruflichen Bildung einbringen. Die entsprechend offen geführten Diskussionen mit zum Teil auch unterschiedlichen Sichtweisen waren dennoch vom Ziel einer Konsensfindung der Mitglieder für gemeinsame Leitlinien getragen.

II. Der Innovationskreis berufliche Bildung ist sich dabei in folgender **Grundeinschätzung** einig:

Die berufliche Bildung in Deutschland ist **attraktiv** und breit anerkannt. Das duale System vermittelt qualitativ hochwertige berufliche Qualifikation, schafft hohe Übergangsquoten in

den Arbeitsmarkt und mindert die Jugendarbeitslosigkeit – insgesamt eindeutige Vorzüge gegenüber anderen Berufsbildungssystemen.

Unsere duale berufliche Bildung ist **anpassungsfähig**. Sie stellt sich erneut auf die veränderten demografischen, wirtschaftlichen, technologischen und bildungspolitischen **Herausforderungen** ein.

Demografie: Steigende Schulabgängerzahlen führen noch etwa bis 2012/2013 zu steigender Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in den alten Ländern. In den neuen Ländern ist schon heute ein deutliches Absinken evident, bis 2011 wird hier die Zahl der Schulabgänger dramatisch zurückgehen. Für die **Ausbildung** bedeutet dies eine Entspannung des Ausbildungsmarktes in den neuen Ländern und eine fortgesetzt hohe Nachfrage in den alten Ländern mit entsprechenden Auswirkungen auf das regionale Bildungsangebot, seine institutionelle Infrastruktur und Finanzierung.

Struktureller Wandel: Der Wandel von der Industrie- zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft beschleunigt sich weiter. Dem Abbau von Beschäftigung im primären und sekundären Sektor sowie Rückgängen in produktionsnahen Wirtschaftsfeldern steht ein hohes Wachstum im tertiären Sektor gegenüber (z. B. bei unternehmensnahen und personenbezogenen Dienstleistungen). Dies hat **unmittelbare Auswirkungen auf den Fachkräftebedarf**, auf die wir uns einstellen müssen. Politik und Wirtschaft sind zudem gefordert, frühzeitig Branchen mit neuen bzw. sich ändernden Beschäftigungspotenzialen zu identifizieren.

Qualifikations- und Fachkräftebedarf: Vor dem Hintergrund von Demografie, strukturellem und ökonomischem Wandel, zeichnet sich die Entwicklung und Verstärkung eines steigenden **Fachkräftebedarfs** gerade in Wirtschaftsbereichen mit tendenziell wachsender Beschäftigung ab. Wir brauchen heute **mehr Bildung und Qualifizierung**, um diesem Trend Rechnung zu tragen und Beschäftigungschancen zu nutzen.

Lebenslanges Lernen: Durch den schnellen technologischen Wandel wird die Halbwertszeit von Wissen und Können immer geringer. Zugleich werden die **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger im aktiven Erwerbsleben** bleiben. Die **solide berufliche Ausbildung** muss weiterhin das breite Fundament bilden, um neben der Beschäftigungsfähigkeit auch die **Fähigkeit zur permanenten Weiterbildung** des Einzelnen zu vermitteln. Die Bedeutung von Aus- und Weiterbildung nimmt damit gleichermaßen zu. Notwendig ist es, diese Bereiche enger miteinander zu verzahnen, um Lebenslanges Lernen zu fördern.

Durchlässigkeit des Bildungssystems: Lebenslanges Lernen heißt auch, die **Durchlässigkeit** zwischen den Teilbereichen Schule – Übergangssystem – berufliche Aus- und Weiterbildung sowie Hochschule zu verwirklichen. Dies ist nicht nur eine Frage der Chancengleichheit, sondern auch der Deckung des wachsenden Bedarfs an Hochschulabsolventen. Hierzu sind **Verbesserungen**, besonders an den Schnittstellen, im Sinne der Schaffung funktionsfähiger Übergänge und der Anerkennung von Vorqualifikationen erforderlich.

Ausbildungschancen für alle: Deutschland steckt voller Chancen. Sie sollen von allen genutzt werden können. Deshalb setzen wir darauf, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen die Chance auf den Einstieg in die Ausbildung und auf den Aufstieg durch Weiterbildung zu eröffnen. Neben einer **Steigerung** des Anteils von **Hochschulabsolventen** und noch besseren Entwicklungsmöglichkeiten für besonders leistungsstarke Auszubildende gehört zu unseren gemeinsamen Zielen die **Integration lernschwächerer junger Menschen** in Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung. **Die Zahl der Schulabbrecher ist deutlich zu reduzieren**. Wir wollen besonders auch der steigenden Zahl von **Altbewerbern** mit innovativen Qualifizierungsmaßnahmen neue berufliche Perspektiven anbieten. All dies setzt nicht nur neue bildungspolitische Initiativen und eine **Effizienzsteigerung** des bestehenden Förderinstrumentariums, sondern auch **strukturelle Weiterentwicklungen und Verbesserungen** voraus.

III. Der Innovationskreis berufliche Bildung legt folgende Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge vor:

1) Mehr Schulabschlüsse erreichen – Ausbildungsreife verbessern

Die ganz überwiegende Mehrheit der jungen Menschen findet nach dem allgemeinen Schulabschluss den Einstieg in eine betriebliche, außerbetriebliche, schulische oder hochschulische Ausbildung. Bei einem Teil der Schulabgänger bestätigt die betriebliche Erfahrung jedoch einen Mangel an Ausbildungsreife. Dies ist nicht nur eine schulische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die Elternhaus, Schule und Wirtschaft gleichermaßen betrifft. Zugleich unterstreichen wir, dass die berufliche Bildung eine besondere Integrationskraft auch für Jugendliche mit schlechteren Startchancen hat, die wir auch künftig erhalten wollen.

- Wir unterstützen die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife junger Menschen – diese sind zu **intensivieren**.
- Wir setzen uns für eine breite Umsetzung und Nutzung des von den Partnern des Nationalen Ausbildungspakts gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz erarbeiteten Handlungsleitfadens zur **Stärkung von Berufsorientierung und Ausbildungsreife** und für die Umsetzung des von den Pakt-Partnern erarbeiteten Kriterienkatalogs Ausbildungsreife ein.
- Wir bekräftigen das Ziel, bis 2010 eine Halbierung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu erreichen. Die Kultusministerkonferenz, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Bundesagentur für Arbeit erarbeiten dazu einen gemeinsamen Handlungsrahmen. Die Mitglieder des Innovationskreises werden diese Initiative mit ihren Möglichkeiten unterstützen.
- Wir wollen ein verbessertes Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung erreichen und entsprechend koordinierte Gesamtstrategien in den Regionen fördern. Dabei sollten insbesondere die vielfältigen Aktivitäten und Kooperationen zwischen Wirtschaft und allgemein bildenden Schulen weiter verstärkt werden, die einen wichtigen Beitrag auch zur Berufsorientierung der Jugendlichen leisten. Konkret müssen Partnerschaften zwischen Schule und Wirtschaft und **Mentorenmodelle** ausgebaut werden. Zusätzliche **Klassenpatenschaften** mit Betrieben können gerade bei Schülern in Hauptschulen frühzeitig Interessen wecken und zu positiven Effekten bei Berufsorientierung, Lernerfolg und Ausbildungsreife führen. Daneben muss im Sinne einer **Berufswegebegleitung** für lernschwächere und **abschlussgefährdete Schüler** die individuelle Betreuung und Begleitung von der **Schule** bis zum **Übergang in Ausbildung** und folgende **Beschäftigung** deutlich ausgebaut werden. Auch sollten Lehrkräfte regelmäßigen Kontakt zu Betrieben suchen, um sich „aus erster Hand“ über betriebliche Abläufe und Berufsbilder zu informieren.
- Wir unterstützen die Initiativen zur stärkeren **Verknüpfung von Schulunterricht und Praxiserfahrung**, z. B. im Rahmen von Praxisklassen. Dazu können auch Bildungseinrichtungen einbezogen werden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung prüft in diesem Zusammenhang, vorhandene **Kapazitäten von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS)** gezielt für eine frühzeitige **Berufsorientierung** von Schülern allgemeinbildender Schulen zu nutzen.
- Wir halten eine stärkere Orientierung der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit am Ziel der **Prävention und Beratung** für erforderlich. Dazu gehört eine entsprechende personelle Ausstattung der Berufsberatung sowie eine regelmäßige Berufsorientierung durch die Berufsberatung in den Schulen. Wir begrüßen deshalb die vorgesehene **Erweiterung der Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung** der Bundesagentur für Arbeit durch das Vierte Gesetz zur Änderung des SGB III.

2) Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte optimieren – Förderstrukturen neu ordnen
Die **Vielzahl von Benachteiligtenförderungsmaßnahmen**, insbesondere in der Berufsausbildungsvorbereitung, muss mit dem Ziel einer transparenten und abgestimmten

Gesamtarchitektur der Förderinstrumente von Bund, Ländern und Regionen besser aufeinander abgestimmt und praxisnah ausgerichtet werden.

- Wir halten regionale Ansätze, in denen die Akteure nach örtlichen Gegebenheiten zusammenarbeiten, für besonders Erfolg versprechend. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird deshalb ab Ende 2007 bundesweit **konzertierte Regionalinitiativen und -netzwerke** zur Optimierung und Koordinierung der Benachteiligtenförderungsinstrumente vor Ort unterstützen.
- Wir begrüßen die Ergänzungen in SGB III und SGB II um notwendige sozialpädagogische Begleitung Benachteiligter bei Berufsvorbereitung sowie Einstiegsqualifizierungen und die administrative und organisatorische Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben bei Berufsausbildungsvorbereitung, Berufsausbildung und Einstiegsqualifizierungen von benachteiligten Jugendlichen. Zusätzlich schlagen wir vor, BIBB und IAB zu bitten, aktuelle Daten zu den vorhandenen Förderstrukturen zu erheben und einen Überblick über die Förderprogramme, besonders auch mit Blick auf die Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung sowie auf die Ausbildungskosten, zu erstellen.
- Wir werden uns der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf der Basis der im Nationalen Integrationsplan getroffenen Verabredungen mit besonderer Priorität widmen und unser gemeinsames Engagement zur beruflichen Integration intensivieren. Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Unterstützungsangebote passgenau einzusetzen und zielgruppenorientiert weiter zu entwickeln. Zudem sollten die wachsende Zahl von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund gezielt einbezogen und dabei Aktivitäten wie die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ fortgeführt und weiterentwickelt werden.

3) Übergänge optimieren – Wege in betriebliche Ausbildung sichern

- Wir halten im Hinblick auf die Gruppe der Altbewerber im Übergangssystem zusätzliche und eigenständige Maßnahmen für erforderlich. Wir müssen die Zahl der Altbewerber, die inzwischen mehr als 50 % der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Bewerber stellen, deutlich reduzieren. Dazu sind bewährte Instrumente, insbesondere die Einstiegsqualifizierung, zu nutzen und neue Formen von anschlussfähigen und anrechenbaren Qualifizierungsmaßnahmen zu entwickeln.
- Wir sehen in der Erprobung von Ausbildungsbausteinen einen Weg, um für Altbewerber eine Brücke in die Ausbildung zu schaffen. Deshalb wird ein System von Ausbildungsbausteinen in 10 – 12 wichtigen Berufen des dualen Systems bis Oktober/November 2007 geschaffen, mit dessen Hilfe Altbewerbern ein Übergang in die reguläre duale Ausbildung mit der Möglichkeit einer zeitlichen Anrechnung der bereits erworbenen Qualifikationen oder eine **Zulassung zur Externenprüfung** vor der Kammer eröffnet werden soll. Zielsetzung ist in beiden Fällen ein dualer Berufsabschluss. Dazu soll eine regionale Abstimmung der Berufsbildungsakteure und eine kontinuierliche Betreuung der Altbewerber durch regionale Koordinatoren in enger Kooperation mit den Kammern erfolgen. Diese Initiative wird flankiert durch ein **neues Programm** des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, mit dem die Erprobung dieser Ausbildungsbausteine ab Ende 2007 in bis zu 25 Pilotregionen in Deutschland erfolgt.
- Die erarbeiteten Ausbildungsbausteine **können** bei Erfolg auch in Einstiegsqualifizierungen, **beim Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer** und in der Nachqualifizierung eingesetzt werden. Die Dokumentation von Bausteinen **kann** auch für jene Jugendlichen eine Hilfe sein, die eine Ausbildung oder sonstige Qualifizierung nicht beenden. Außerdem sollte geprüft werden, ob Ausbildungsbausteine auch in der Benachteiligtenförderung der Bundesagentur für Arbeit eingesetzt werden können.
- Wir sehen in der Steigerung der Praktikumsplätze für Einstiegsqualifizierungen von 25.000 auf 40.000, in denen auch Ausbildungsbausteine zur Strukturierung der

Praktika genutzt werden können, in der **Öffnung** von **begleitenden Hilfen nach SGB III für betriebliche Ausbildung** und beim **Qualifizierungszuschuss für junge Langzeitarbeitslose** ohne Berufsabschluss weitere Ergänzungen zur Integration von Altbewerbern, die noch in 2007/2008 wirken sollen.

4) Berufsprinzip stärken – Flexibilisierung der beruflichen Bildung vorantreiben

Wir wollen das duale System stärken, mit seiner Kombination von Arbeit und Lernen sichert es die notwendige, hochwertige Facharbeiterqualifikation bedarfsgerecht. Zur Zukunftssicherung des dualen Systems schlagen wir folgende **Strukturverbesserungen** vor:

- Wir wollen strukturierte, vertikale und horizontale Übergänge an den Schnittstellen des dualen Systems erreichen. Hierzu werden wir die mit der Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) geschaffenen neuen Möglichkeiten der Anrechnung von Leistungen berufsbildender Schulen und der Zulassung von Absolventen berufsbildender Schulen zur Kammerprüfung nutzen. Die Bundesregierung wird auf Basis einer Evaluation zur bisherigen Umsetzung und mit Blick auf den Ausbildungsmarkt nach Beratung mit den Ländern und den Sozialpartnern im Jahr 2008 über eine Initiative zur Verlängerung dieser bislang zeitlich befristeten gesetzlichen Optionen entscheiden. Zudem wollen wir auch das Konzept der Ausbildungsbausteine, wo sinnvoll, für bessere Übergänge einsetzen.
- Wir wollen eine Weiterentwicklung der Ordnungspolitik im dualen System. Dies gilt zum einen für die **stärkere Umorientierung** der Ausbildungsordnungen auf Kompetenzbeschreibungen. Damit wird die Handlungsorientierung in der Berufsausbildung gestärkt.
- Wir wollen zum anderen die Ordnung der beruflichen Bildung im Hinblick auf Zahl und Art der rund 350 Ausbildungsberufe modernisieren. Damit soll das Angebot beruflicher Ausbildung transparenter, effizienter und flexibler ausgestaltet werden, u. a., wo sinnvoll, durch die Gliederung der Ausbildungsinhalte in Kompetenzabschnitte. Ziel ist es konkret, bei Ausbildungsberufen, die in verwandten Tätigkeitsbereichen geschaffen wurden, eine Strukturierung in Berufsgruppen mit gemeinsamer Kernqualifikation und darauf aufbauenden Spezialisierungsmöglichkeiten durch Wirtschaft und Gewerkschaften zu prüfen und geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Branchenspezifische, weiterhin für „Monoberufe“ sprechende Gegebenheiten werden dabei angemessen berücksichtigt. Die Dauer der Ausbildung und der betreffenden Ausbildungsverträge bleiben unberührt. Wirtschaft und Gewerkschaften prüfen ab sofort **vor** jeder Neuordnung eines Einzelberufs die Zusammenführung mit anderen Berufen in Berufsgruppen. Ziel ist es, durch diese Vorgehensweise eine deutliche **Steigerung von Berufsgruppen in den nächsten fünf Jahren auch praktisch zu erreichen**.
- Bei der **Neuordnung von Ausbildungsberufen** sollten bestimmte **Gestaltungsgrundsätze** berücksichtigt werden. Hierzu gehören u. a. die Vermittlung der Inhalte eines möglichst breiten, arbeitsmarktrelevanten Berufsbilds, die Option auf den Erwerb von Zusatzqualifikationen und die Offenheit neugeordneter Berufe für die möglichst enge Verzahnung von Aus- und Weiterbildung.
- Wir wollen **im Prüfungswesen das betriebliche Know how stärker nutzen**. Zum einen durch die Ausrichtung des Prüfungswesens in der Weise, dass die ehrenamtliche Mitwirkung von betrieblichen Experten in den Prüfungsausschüssen auch weiterhin sichergestellt ist. Zum anderen soll die mit der BBiG-Reform geschaffene Möglichkeit für Prüfungsausschüsse, „**gutachterliche Stellungnahmen**“ einzuholen, von Kammern und mit **diesen kooperierenden Unternehmen** stärker genutzt werden.
- Wir wollen die **Qualität der Ausbilder und Prüfer weiter stärken**. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung führt hierzu bereits einige Programme und Initiativen durch. Eine hochwertige Berufsausbildung setzt eine entsprechende fachliche und

pädagogische Qualifikation der Ausbilder voraus. Die Bundesregierung wird auf Basis der Evaluation der zeitlich befristeten Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) – unter Einbeziehung der Wirtschaft und der Sozialpartner - über die Zukunft dieses Instruments entscheiden.

5) Ausbildungsbasis verbreitern – Ausbildungskapazitäten effektiv nutzen

- Wir begrüßen **tarifliche Vereinbarungen**, in denen die jeweiligen Tarifpartner im Rahmen der Tarifautonomie Regelungen zur Sicherung, Förderung und Steigerung der betrieblichen Ausbildung getroffen haben. Wir empfehlen, gerade vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung zur Sicherung der notwendigen Fachkräftereserve, hier weitere Regelungen zu treffen.
- Wir halten eine möglichst **betriebsnahe Ausgestaltung von Ausbildungsstrukturförderung** für notwendig. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird das bereits auf ein Fördervolumen von rd. 125 Mio. (incl. ESF-Anteile) aufgestockte Programm **JOBSTARTER** unter diesem Gesichtspunkt weiterentwickeln. Dabei sollen gezielt Unterstützungsmaßnahmen im Ausbildungsprozess für KMU und junge Unternehmen in den Regionen erbracht werden.
- Wir wollen mit gezielten Branchenkampagnen die Ausbildungskultur des dualen Systems in neuen, **innovativen und forschungsnahen Branchen** sowie in Wachstumsbranchen, besonders im **Dienstleistungsbereich**, etablieren und verstetigen.
- Bestehende und neue Programme zur Förderung der Ausbildung sollten gezielt daraufhin untersucht werden, wie stärker als bisher vorhandene Ausbildungsteilkapazitäten für Ausbildung und Qualifizierung gewonnen werden können. Insbesondere für den Bereich handwerklicher Berufe sollten hier auch neue Optionen bei Überbetrieblichen Ausbildungsstätten identifiziert und genutzt werden.
- Wir unterstützen die **Initiative**, im Zuge des festzustellenden **Stiftungsbooms** **neue Ausbildungsstiftungen zu initiieren** und **bestehende Stiftungen** zu motivieren, ihre Aktivitäten verstärkt auf das bislang als Stiftungszweck unterrepräsentierte Aktionsfeld **Berufsbildung** zu lenken. Ziel ist dabei nicht primär eine Entlastung der heute Berufsbildungsverantwortlichen von ihren Kernaufgaben und in der Regelförderung, sondern die **Förderung von Innovation und regionaler Entwicklung**, um so einen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherung zu leisten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung wird dazu die Durchführung einer **bundesweiten Stifterkonferenz** im **Frühjahr 2008** initiieren.

6) Durchlässigkeit verbessern – Anschlussfähigkeit beruflicher Abschlüsse sichern

Es ist Aufgabe der Bildungspolitik, adäquate und gleichwertige Bildungschancen zu schaffen, die Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung zu verwirklichen und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen zu erhöhen.

- Wir regen an, **Zusatzqualifikationen** an den Schnittstellen zwischen beruflicher Aus- und Weiterbildung weiter **auszubauen**, um begabten jungen Auszubildenden den anrechnungsfähigen Teilerwerb von Fortbildungsinhalten und -abschlüssen schon während der Ausbildung zu ermöglichen.
- Wir sehen in der beruflichen Fortbildung Spielräume für schnelleren Aufstieg. Die Bundesregierung wird – unter Einbeziehung der Sozialpartner – die Initiative ergreifen, um die Voraussetzung mehrjähriger Berufspraxis für die Zulassung zur Fortbildung zu reduzieren. Zudem sollen Fortbildungsordnungen verstärkt auch modular und kompetenzorientiert strukturiert werden, um bessere **Anrechnungsmöglichkeiten** zu erreichen.
- Wir halten die Durchlässigkeit aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen in Deutschland auch im internationalen Vergleich für unzureichend. Dies gilt nicht nur für die **Zulassung zum Studium**, sondern auch für die **Anrechnung von Vorqualifikation**.

tionen – umso mehr, als in Deutschland Ausbildungen vielfach im nichtakademischen Bereich erfolgen, die in anderen Staaten auf akademischer Ebene vermittelt werden. Unser Ziel ist es, hier zusätzliche, differenzierte **Übergangs- und Anrechnungsmöglichkeiten** zu schaffen. Wir unterstützen die **stärkere Praxisorientierung im Hochschulbereich**. Duale Studiengänge sind hierfür ein geeignetes Instrument.

- Wir sehen in einer transparenteren und offeneren Gestaltung der **Regelungen für den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter** eine wichtige Verbesserung der Aufstiegschancen. Die Kultusministerkonferenz wird dieses Thema mit dem Ziel beraten, länderübergreifend zu einer gemeinsamen Basis zu kommen, die länderspezifisch erweiterbar ist.
- Wir appellieren an die **Hochschulen, Studiengänge zu entwickeln**, die die **Qualifikationen beruflicher Bildung** einbeziehen, gemeinsam mit der Wirtschaft Eingangs-, Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren für beruflich Qualifizierte zu entwickeln und förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Bundesregierung, Länder und Sozialpartner bieten hierzu ein baldiges Spitzengespräch an.

7) „Zweite Chance“ für Qualifizierung – Nachqualifizierung junger Erwachsener voran treiben

An- und ungelernte junge Erwachsene, darunter zu einem hohen Teil junge Menschen mit Migrationshintergrund, benötigen eine „zweite Chance“ zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses. Bestehende Förderinstrumente sind nicht hinreichend bekannt und werden zu wenig genutzt.

- Wir unterstützen die Einführung eines **gesetzlichen Qualifizierungszuschusses** im Rahmen der SGB III-Förderung für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss. Mit diesem neuen Instrument soll Integration in das Beschäftigungssystem durch neue Qualifizierungsmöglichkeiten – bis hin zur Orientierung auf einen beruflichen Abschluss, auch unter Nutzung der oben genannten, neu entwickelten Ausbildungsbau- steine – gefördert werden. Die Bundesregierung wird darüber hinaus die **Gewährung von zeitlich befristeten Eingliederungshilfen („Kombi-Lehre“)** zur Integration von Altbewerbern mit personenbezogenen und anderweitigen Vermittlungshemmnissen in Ausbildung auf Umsetzbarkeit prüfen.
- Wir halten neue Wege der berufsbegleitenden, bausteinorientierten Nachqualifizierung, auch besonders für Ausbildungsabbrecher, für erforderlich. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitet eine Initiative vor, mit der **bundesweit** in Pilotregionen Instrumente öffentlicher Förderung mit Bedarfsplanungen der Unternehmen so kombiniert werden, dass den unterschiedlichen Zielgruppen individuelle und flexible, zugleich aber bedarfs- und praxisorientierte Wege zu einer abschlussorientierten Qualifizierung ermöglicht werden.
- Wir streben an, die **Zahl der Ausbildungsabbrecher und Ausbildungsumsteiger von rund 20 % deutlich zu reduzieren**. Dafür müssen einerseits bereits während der allgemein bildenden Schulzeit die Berufsorientierung gestärkt und die Ausbildungsreife gefördert werden, um die Jugendlichen besser auf die Anforderungen des Berufsalltags vorzubereiten. Andererseits müssen **während der Ausbildung Unterstützungs- und Begleitungsmaßnahmen für Betriebe und Jugendliche** ausgebaut und aktiv eingesetzt werden. Das auf KMU ausgerichtete spezifische neue **Förderprogramm** des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, das durch eine passgenaue Vermittlung einen Beitrag zur **Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen** leisten soll, ist ein wichtiger Ansatz. Zudem wird die Bundesregierung eine Öffnung und aktivere Nutzung der **ausbildungsbegleitenden Hilfen** nach SGB III für die duale Ausbildung prüfen. Mit der deutlichen Reduktion der Zahl der Ausbildungsabbrüche erwarten wir zugleich positive Effekte auf das Ausbildungsplatzangebot.

8) Europäische Öffnung – Mobilität und Anerkennung verbessern

Deutschland hat als **exportorientierte**, rohstoffarme **Nation** mit neun Nachbarstaaten und seiner exponierten Lage im Herzen Europas an der europäischen und internationalen Orientierung der beruflichen Bildung ein **besonderes Interesse**. Wir wollen diese Öffnung mit einem Bündel von Maßnahmen vorantreiben:

- Wir unterstützen die gemeinsame Arbeit von **Bundesregierung**, KMK, HRK, Wirtschaft und Sozialpartnern zur Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR). Die frühzeitige Einbeziehung der Unternehmen, des Bildungspersonals, der Lernenden **etc.** in diesen Prozess ist wünschenswert. Ziel ist es, den DQR lernergebnisorientiert und kompatibel zum Europäischen Qualifikationsrahmen auszugestalten und mit ihm zugleich eine bessere Durchlässigkeit zwischen den Teilbereichen des Bildungssystems im Sinne lebenslangen Lernens zu erreichen. Eine entsprechende Studie ist im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Arbeit und wird bis zum Spätsommer 2007 vorgelegt. Die Arbeiten am DQR haben bereits begonnen und sollen möglichst bis 2010 abgeschlossen sein.
- Wir werden die Erprobung eines Nationalen Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung begleiten: Im Kontext der Beratungen des Innovationskreises berufliche Bildung hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein **Programm 2007-2010 zur Erprobung von Leistungspunkten** initiiert, das den **Besonderheiten des dualen Systems** Rechnung tragen und den **besseren Übergängen** an seinen Schnittstellen dienen soll. Zugleich flankiert das Programm die EU-Initiative zur Schaffung eines **Europäischen Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung**.
- Wir sehen in der europäischen Öffnung nationaler Aus- und Fortbildungsregelungen ein wichtiges Instrument international zukunftsfähiger Qualifizierung. Bundesregierung und Sozialpartner werden bei Neuordnungsverfahren verstärkt internationale Anforderungen an die berufliche Aus- und Fortbildung einbeziehen und hierzu bis **2008** einen **Prüfkatalog und Leitfaden** für die Entwicklung von **Ausbildungsrahmenplänen und Fortbildungsordnungen** erarbeiten. Zudem wollen wir die Attraktivität dualer Aus- und Fortbildungsberufe erhöhen und – wo sinnvoll – durch europäisch/international ausgerichtete **Zusatzqualifikationen mit dem Zusatz „EU“** ergänzen. Schließlich wollen wir **grenzübergreifende gemeinsame Abschlussprüfungen** auf Basis der Erfahrungen mit bestehenden Modellen ausbauen.
- Wir halten die Verdoppelung von Auslandsqualifizierungen in der beruflichen Ausbildung bis 2015 für einen Beitrag zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmen. Die Bundesregierung will zudem die Dauer von geförderten Austauschmaßnahmen auf sechs Wochen bis drei Monate verlängern mit dem Ziel, **bis 2010 jährlich 5000** solcher Maßnahmen in der beruflichen Ausbildung zu erreichen. Zudem wollen wir im gleichen Zeitraum die grenzübergreifende Verbundausbildung nachhaltig ausbauen und **100 langfristige und dauerhafte, grenzübergreifende Verbundnetzwerke** schaffen. Diese Zielsetzungen werden insbesondere über nationale Schwerpunktsetzungen bei der Durchführung des neuen, finanziell deutlich verstärkten EU-Bildungsprogramms Lebenslanges Lernen realisiert. Ergänzend prüfen Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften die Steigerung ihrer jeweiligen Programme und Angebote. Zudem wollen die Kammern ihre betreffenden **Beratungs- und Serviceangebote** ausbauen.

9) Duale Ausbildung im europäischen Vergleich stärken – Potenzial auf dem internationalen Bildungsmarkt sichern

- Wir wollen die Stärken dualer Ausbildung in Europa im Zusammenschluss mit anderen nach dualen Prinzip ausbildenden Staaten noch zielgerichteter einbringen und unsere Interessen auf europäischer und internationaler Ebene frühzeitiger vertreten und wahren. Hierzu hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits

eine Initiative mit anderen europäischen Staaten zur Abstimmung gemeinsamer Zielsetzungen und Positionen etabliert.

- Wir wollen Deutschland und die EU als Akteure auf dem wachsenden, auch wirtschaftlich hoch attraktiven weltweiten Bildungsmarkt positionieren und schlagen hierzu einen Ausbau der bisherigen Initiativen des BMBF zum Standortmarketing Deutschlands als weltweitem Bildungsanbieter sowie eine Initiative für eine Europäische Marketingstrategie mit gemeinsam entwickelten Bildungsangeboten in Welt-sprachen vor. Wir wollen Deutschland und Europa damit auf dem weltweit wachsenden Bildungsmarkt als attraktive Bildungsanbieter aufstellen, künftige Führungskräfte in anderen Weltregionen an Deutschland und Europa binden und Wettbewerb in den bislang von wenigen Marktführern besetzten Bildungsmarkt bringen. Auf EU-Ebene sollte in diesem Zusammenhang ein Programm für Berufsbildungsk Kooperationen mit wachstumsstarken Drittstaaten ähnlich „Erasmus mundus“ eingebracht werden.

10) Grundlagen für zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik schaffen – Kooperation von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stärken

- Wir halten die Verbesserung der Grundlagen für berufsbildungspolitische Entscheidungen durch empirische wissenschaftliche Erkenntnisse für immer wichtiger. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat deshalb ein an aktuellen berufsbildungspolitischen Herausforderungen orientiertes Berufsbildungsforschungsprogramm gestartet, das wettbewerblich ausgestaltet und für alle mit der Berufsbildungsforschung befassten Einrichtungen in Deutschland offen ist.
- Wir sehen in einer engeren Kooperation von Wissenschaft, Sozialpartnern und Politik einen Schlüssel für eine zukunftsorientierte Gestaltung der beruflichen Bildung. Das gilt u. a. für die Stärkung der Früherkennung von Branchenentwicklungen („Sektor-monitoring“) und des entsprechenden Qualifikationsbedarfs. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung plant hierzu, auf Basis der bisherigen Früherkennungsforschung eine branchenbezogene Früherkennungsinitiative zu starten, in der die Ordnungspolitik von der Wissenschaft anwendungsbezogen und zielgerichtet mit Blick auf die Modernisierung der Aus- und Weiterbildung beraten und unterstützt wird.
- Wir unterstützen die Prüfung einer internationalen Vergleichsstudie in der beruflichen Bildung („Berufsbildungs-Pisa“). Zielsetzung dieser Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist es, erstmals einen ergebnisorientierten Vergleich verschiedener europäischer Berufsbildungssysteme vorzunehmen. Dies könnte den **Status dualer Ausbildung** durch belastbare Untersuchungsergebnisse auf internationaler Ebene erhöhen und über gemeinsame Kompetenzmessmethoden die Einordnung von Qualifikationen in den europäischen Qualifikationsrahmen durch die Mitgliedstaaten erleichtern. Von besonderem Interesse ist dabei der Vergleich der Lernergebnisse in Berufen, die in Deutschland nichtakademisch, in anderen Staaten aber akademisch vermittelt werden. Zentrale Bedeutung für eine solche Studie haben Testmethoden und Testfragen, die die Vorteile der handlungsorientierten, praxisbezogenen dualen Ausbildung hinreichend berücksichtigen müssen.

Die Empfehlungen und Maßnahmenvorschläge des Innovationskreises berufliche Bildung werden in die neue, bildungsbereichsübergreifende Nationale Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung einfließen, die auf die mittelfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland zielt und noch in 2007 vorgelegt werden wird.